



## Haushaltsdefizite und ihre Folgen

### *Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!*

Seit den 80er Jahren ist die finanzielle Situation der Stadt immer wieder dadurch gekennzeichnet, dass die jährlichen Ausgaben für die laufende Verwaltungstätigkeit die Einnahmen übersteigen. Die Folge ist, dass die Aufsichtsbehörden das Finanzgebaren der Stadt äußerst strengen Regeln unterwerfen und so in hohem Maße bestimmen, was in der Stadt noch geschehen darf. Das schränkt die „freie Selbstverwaltung“ der Stadt (§ 1 der Gemeindeordnung) und ihre Gestaltungsfreiheit weitestgehend ein.

### *Der Unterschied*

*Der Mann kam zur Bank: „Ich brauche Geld, ich verdiene nicht genug, um die laufenden Bedürfnisse meiner Familie zu erfüllen.“ „Einen solchen Kredit können wir Ihnen nicht gewähren, den könnten Sie ja nicht zurückzahlen“ sagte der Bankangestellte. „Sie müssen sich einen zweiten Job suchen oder Ihre Bedürfnisse einschränken.“*  
*Der Mann von der Stadtverwaltung kam zur Bank: „Die Stadt braucht Geld. Die Ausgaben für die laufenden Aufgaben sind höher als die Einnahmen.“ „Die Verbindlichkeiten werden immer höher und eine Rückzahlung ist nicht in Sicht, aber kein Problem. Wir können das Geld sofort bereitstellen“ sagte der Bankangestellte.*

### **Schulden und keine Ende?**

Die Haushaltsdefizite konnten zunächst durch den Zugriff auf Rücklagen und später mit Hilfe einer Landeshilfe von 8.1 Millionen € ausgeglichen werden. Seit dieser Zeit sind der Stadt strenge Regeln mit dem Ziel einer Haushaltskonsolidierung

auferlegt. Dieser Ausgleich soll insbesondere durch eine **Ausgabenbeschränkung** erreicht werden. Trotz-dem nehmen seit 2002 die städtischen Verbindlichkeiten von Jahr zu Jahr zu.

Anfang 2009 hatte die Stadt 27 Mill. € Schulden, die durch Investitionen verursacht wurden und denen Werte (Gebäude, Straßen usw.) gegenüberstehen. Darüber hinaus bestanden jedoch Verbindlichkeiten aus laufender Verwaltungstätigkeit (Personalkosten, Sach- und Dienstleistungen, Kreisumlage, Zinsen usw.) von 7 Mill. €. Die Haushaltsplanung sieht für 2009 Einzahlungen von 28 Mill. und Auszahlungen von 37 Mill. € vor, also ein Defizit von 9 Mill. €. Zusammen mit weiteren Defiziten von 24 Mill. € für die nächsten 3 Jahre wird also Ende 2012 von **Verbindlichkeiten allein aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 40 Mill. €** ausgegangen.

#### **Inhalt:**

- Der Unterschied
- Die Schulden
- Die Analyse
- Die Folgen
- Kommunalwahl am 30. 8.: Unser Team
- Tank- und Rastanlage
- 14 Cent
- TAFEL-Spende

Pastor-Löh-Haus



Gert Weber

Stadtbücherei



Gertrud Pies-Mebus

Hauptschule



Wolfgang Faust

Ev. Altenzentrum



Herbert Luchtenberg

Die Stadt hat seit Jahren einen dauerhaft, sprich strukturell, unausgeglichenen Haushalt, nur gelegentlich verbessert durch außergewöhnlich hohe Gewerbesteuerzahlungen.

unter möglichst effizientem Einsatz der Mittel bereitstellen. Unter dem Druck der hoch defizitären Haushaltssituation haben Verwaltung und Aufsichtsbehörden den Haushalt mittels zahlreicher Vergleiche, Analysen und externer Beratung durchleuchtet. Sinnvolle Einsparmöglichkeiten konnten dabei nur in sehr beschränktem Umfang von etwa 150.000 € identifiziert werden (z.B. sind die Personalkosten eher unterdurchschnittlich hoch).

Verwaltungshaushalt der Stadt Burscheid (Mill. €)						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Jahresdefizit	0	-2.4	-3.2	-2.4	+0.7	-0.7
Kum. Defizit	0	-2.4	-5.6	-8.0	-7.3	-8.0
Ergebnisplan der Stadt Burscheid (Mill. €)						
	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Jahresdefizit	-4.3	+5.5	-8.7	- 2.4	-6.9	-4.7
Kum. Defizit	-12.3	-6.8	-15.5	-27.9	-34.8	-39.5

Ergebnisplan 2009 der Stadt Burscheid (Mill. €)					
Einzahlungen		Auszahlungen			
Anteil an der Eink. Steuer	8.2	29%	Personalkosten	5.5	15%
Gewerbesteuer	3.0	11%	Dienst- und Sachleistungen	5.5	15%
Sonstige Steuern	4.4	16%	Abschreibungen	2.6	7%
Landeszuweisungen	5.2	19%	Kreisumlage	13.0	36%
Erstattungen + Entgelte	3.7	13%	Andere Transferleistungen.	1.8	5%
Konzessionsabgaben	1.0	3%	Sonstige Aufwendungen	6.3	17%
Sonstige Erträge	2.4	9%	Zinsen	1.9	5%
	27.9			36.6	

### Die Analyse

Zu den Pflichtaufgaben der Verwaltung gehören z.B. die Registrierung von Personenstandsänderungen, die Bereitstellung von Ausweisen, Feuerwehr, Schulen, Sozialen Hilfen, Freizeit- und Bildungsangeboten nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, Sportstätten, Stadtplanung, Denkmalschutz, Abfallentsorgung, Friedhof, Rechnungswesen und vieles andere. Für diese Aufgaben muß die Stadt Personal, Informationsvernetzung, Gebäude und andere Leistungen

Megahon



Joachim Wirths

Schule Dierath/ MGV Dürscheid



Henning Richartz

Bergischer Hof



Dr. Manfred Jautelat

Freie Ev. Gemeinde



Horst Merten



Sportplatzhaus Griesberg



Dr. Anne Marie Frese

Hugo-Pulvermacher-Halle



Herma Wendler

Schule Dierath



Rolf Engelhardt

Hauptschule



Rolf Mebus

Aus dem Ergebnisplan läßt sich ablesen, daß die Zinsen 5 % der Ausgaben ausmachen – sobald die gegenwärtige Niedrigzinsphase zu Ende geht, wird ihre Bedeutung für den Haushalt weiter wachsen. Die Vergleiche haben gezeigt, dass die Zinsen schon bisher im Burscheider Haushalt ein überdurchschnittliches Gewicht haben. Eine ebenfalls überdurchschnittliche Belastung stellen die Sozialleistungen in Höhe von 3.9 Mill. € (2009) dar. Dabei handelt es sich um die Unterstützung und um die Sicherung des Lebensunterhaltes von Senioren, um Hilfen bei Krankheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit, um Hilfen zum Lebensunterhalt für eingeschränkt Arbeitsfähige ohne sonstige Leistungsansprüche, um Leistungen für Asylbewerber und vor allem um erwerbsfähige Personen, die arbeitslos und hilfebedürftig sind und keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld haben. Auf der Einnahmenseite fällt auf, dass die Gewerbesteuer nur einen Anteil von 11 % hat – Anfang der 80er Jahre lag der Anteil noch bei über 25 %. Die Gewerbesteuererinnahmen pro Arbeitsplatz liegen in Burscheid erheblich unter denen benachbarter Kommunen. Natürlich waren auch die „freiwilligen

Leistungen“ Gegenstand ernsthafter Prüfungen. Sie umfassen 420.000 €, also etwa 1 % der Ausgaben. Davon entfallen 95 % auf das Jugendzentrum und die Bücherei.

Die Ursachen für diese Situation liegen zu einem großen Teil in der **Missachtung des Konnexitätsprinzips**: wenn Bund oder Land Aufgaben auf die Kommunen übertragen, müßten sie in vollem Umfang und auf Dauer die Kosten dafür tragen (u.a. Beitrag zum Fonds Deutsche Einheit). Die Schwächung der Gewerbesteuererinnahmen geht auf die Änderungen der Steuergesetze zurück. Stadteigene Ursachen liegen in der **Entwicklung der Wohn- und Gewerbeansiedlung**.

### Die Folgen

Die Bürgerinnen und Bürger spüren seit Jahren an vielen Stellen die Belastungen und Einschränkungen, die durch den Druck auf die Stadt entstanden sind, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die Gebühren (z.B. Friedhof) sind erheblich gestiegen. Freiwillige Leistungen im Bereich Sport und Kultur wurden gestrichen. Diese Angebote konnten

EMA-Schule



Ingrid Theron

EMA-Schule



Marlies Pickardt

Turnhalle Ösinghausen



Dr. Hans Hiller

Feuerwehr Paffenlöh



Ulrich Conrads

nur aufrechterhalten werden, weil die Ausgaben von der Burscheid-Stiftung, den Sport- und Kulturvereinen und vielen Sponsoren übernommen wurden. Die Grund- und Gewerbesteuersätze sind drastisch erhöht worden. Kredite für Investitionen, die zu neuen Schulden führen, dürfen nicht mehr in Anspruch genommen werden. Das bedeutet, dass Infrastrukturmaßnahmen kaum noch möglich sind – es sei denn, sie werden durch Fördermaßnahmen unterstützt. **Das höhlt den Grundsatz gleicher Lebensbedingungen im Lande aus.** In der nächsten Ausgabe von INFORMATION + MEINUNG werden wir unsere Vorschläge für eine Verbesserung der Haushaltssituation erläutern.



Blick aus Richtung Löhsiedlung

### Tank- und Rastanlage

Unsere Anfrage beim Bundesverkehrsministerium (Mai) ist noch nicht beantwortet. Aber die Burscheider FDP geht fest davon aus, dass die Entscheidung für eine Weiterverfolgung der Verlegung der Tank- und Rastanlage in den Bereich Oberlandscheid/Geilenbach feststeht. Wir lehnen diesen Plan nicht grundsätzlich ab. Wir sind gegen eine ideologische (weniger Raststätten, weniger Autos, weniger Verkehr) oder populistische (nur Belastungen) Vorverurteilung. Wir sind **für eine eingehende Prüfung**. Zunächst muß dargelegt werden, mit welchen Argumenten dieser Standort unter den untersuchten Alternativen favorisiert wurde. Auch stellt sich die Frage, ob der vorgeschriebene „Korridor“ (Abstand zwischen Raststätten) nicht flexibler gehandhabt werden kann, d.h. andere Standorte möglich sind. Lärmschutzanlagen, die die Nachbarn und das Zentrum Burscheids von Emissionen abschirmen, gehören zum Baurecht, ebenso die Belange des Naturschutzes. Abzuwägen ist zwischen dem Verlust an Gewerbe- und landwirtschaftlicher Fläche (Flächennutzungsplan) und dem Gewinn an

Arbeitsplätzen und Gewerbesteuererinnahmen. STRASSEN NRW wird zunächst die Lage und Größe der Anlagen beiderseits der A1 (etwa 11 ha) definieren. Dann folgt ein Vorentwurf und daran schließt sich das Planfeststellungsverfahren an.

### 14 Cent

Der politisch unverdächtige Städte- und Gemeindebund (Mitteilungen 3/09) ist „überzeugt, daß eine Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Europawahl dauerhaft von Nutzen ist. Es gelte, dass Kostenargument mit der Eigenständigkeit der Wahl abzuwägen. **Die politische Bedeutung der Kommunalwahl könnte bei einer Zusammenlegung mit der Bundestagswahl in den Hintergrund gedrängt werden.**“ Die Burscheider FDP hat sich die Ausgaben für die Wahlen 2004/5 sagen lassen. Bekanntmachungen und der Versand der Wahlunterlagen müssen auch bei einer Zusammenlegung getrennt erfolgen. Keine zusätzlichen Ausgaben entstehen für Personal, da es weder Einstellungen noch eine Überstundenvergütung gibt. Tatsächlich könnten bei einer Zusammenlegung mit der Bundestagswahl 2.050 € für Wahllokale in nicht-öffentlichen Gebäuden und für die Wahlhelfer gespart werden - **0,14 € pro Wahlberechtigten**

### 500 € für die TAFEL



**Die TAFEL muß dem neuen Jugendzentrum weichen. Viele Unterbringungsalternativen wurden untersucht. Am neuen Standort östlich des alten Bahnhofs werden Container zusammengestellt, die eine geeignete Unterkunft bieten. Das kostet 42.000 €. Die Burscheider Tafel ist für in Notgeratene Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar. Die FDP hat 500 € zur Verfügung gestellt – aber viele müssen noch helfen! - Burscheider Tafel:  
⇒ Konto 0381 551 896 KSK Köln 370 502 99 ←**